

Zeichen setzen – Verantwortung übernehmen!

Das Kolpingwerk Deutschland fordert die Bundesregierung zu schnellem, verantwortungsvollem und mutigem Handeln in Afghanistan auf

Das Kolpingwerk verfolgt mit Bestürzung die aktuellen Entwicklungen in Afghanistan. Nur wenige Wochen nach Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan, haben die Taliban die afghanische Landeshauptstadt Kabul zurückerobert. Seither spielen sich vor allem am Kabuler Flughafen dramatische Szenen ab. Menschen, darunter Frauen und Kinder, bangen um ihr Leben und begeben sich daher zum Flughafen in der Hoffnung auf Evakuierung. Vor allem Ortskräfte, die für westliche Staaten gearbeitet haben, aber auch Mitarbeitende anderer internationaler Organisationen, JournalistInnen, KünstlerInnen und viele weitere Gruppierungen sind nun von den Taliban bedroht. Viele Menschen berichten von Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Hinrichtungen. Die Sicherheitslage hat sich seit den Anschlägen durch den „Islamischen Staat“ deutlich verschärft, und die Gefahr weiterer Anschläge erhöht.

Evakuierungen sind weiterhin notwendig

Das Kolpingwerk begrüßt, dass die Bundesregierung im Zusammenwirken mit anderen Staaten mehrere tausend Menschen evakuieren konnte. Nachdem die Evakuierungsflüge durch die Bundeswehr am vergangenen Donnerstag eingestellt wurden, schaut der katholische Sozialverband jedoch mit noch größerer Sorge auf die Situation vor Ort, denn noch immer sind Menschen, darunter auch deutsche StaatsbürgerInnen, in Lebensgefahr. Das Kolpingwerk fordert daher Unterstützung für die Menschen und Lösungen, um schnellstmöglich weitere Evakuierungen aller gefährdeten Personen zu ermöglichen. Den Menschen muss nun schnell und unbürokratisch geholfen werden. Dies gilt für alle Personen, die aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit westlichen Truppen und humanitären Hilfsorganisationen und der geleisteten Unterstützung einem besonderen Risiko von Verfolgung, Unterdrückung und körperlicher Gewalt ausgesetzt sind. Hierzu zählt auch eine Erweiterung der Kategorien für Personen, die als Ortskräfte gelten. Wer gefährdet ist, muss ausreisen können.

Verantwortung übernehmen und mutig handeln

Das Kolpingwerk sieht besonders Deutschland und die Verbündeten, die in den letzten 20 Jahren in Afghanistan waren, in der Pflicht, Verantwortung für ihre Ortskräfte und deren Familien sowie die Menschen, die demokratische Entwicklungen in Afghanistan unterstützt haben, zu übernehmen. Die Hilfe für Schutzsuchende muss an erster Stelle stehen. Eine gemeinsame europäische Lösung wäre dringend geboten, kann aber aufgrund der akuten Notlage nicht die Grundlage für den Umgang mit der dramatischen Situation sein. Die Abschottungspolitik einiger Nachbarländer stellt die europäische Solidar- und Wertegemeinschaft in Frage und ist nicht akzeptabel. Die seit 2015 fehlende Klärung einer europäischen Verteilung von Geflüchteten darf jetzt kein Hinderungsgrund für das Handeln der Bundesregierung sein.

Darüber hinaus ist auch humanitäre Hilfe vor Ort und Unterstützung für die Nachbarstaaten, in die viele weitere Schutzsuchende fliehen, dringend notwendig. Es braucht daher weiterhin internationale Zusammenarbeit auch mit Zivilorganisationen vor allem im Hinblick auf Grundversorgung, Bildung und Gesundheit.

Aufarbeitung und Konsequenzen gefordert

Medienberichten zufolge warnte die deutsche Botschaft bereits vor Wochen vor einem Wiedererstarken der Taliban. Auch afghanische Ortskräfte und SoldatInnen der Bundeswehr machten auf die unsichere Lage für afghanische Verbündete bereits frühzeitig aufmerksam. Viele Ortskräfte wurden durch Vereinbarungen und Visaversprechen in Afghanistan gehalten, die jedoch nicht zeitnah und vor Abzug der Truppen bearbeitet wurden. Nun ist für viele eine Ausreise kaum noch möglich und – wenn überhaupt – führt diese über den gefährlichen Landweg in die Nachbarländer.

Das Kolpingwerk erwartet vom neuen Deutschen Bundestag eine Aufarbeitung der gesamten Geschehnisse in Afghanistan. Dazu gehört auch die Übernahme von Verantwortung. Zugleich bedarf es einer politischen Bewertung von zukünftigen Beteiligungen an Auslandseinsätzen.

Beschlossen durch den Bundesvorstand in seiner Sitzung am 28. August 2021.